

SPORTGERICHTSVERFAHRENSORDNUNG DES DEUTSCHEN TENNIS BUNDES E.V.

§ 1	Grundsatz und Zuständigkeiten _____	63
§ 2	Zusammensetzung _____	64
§ 3	Befangenheit von Mitgliedern des DTB-Sportgerichts _____	64
§ 4	Rechtliches Gehör _____	64
§ 4a	Verfahrensbeteiligte _____	65
§ 4b	Beiladung _____	65
§ 4c	Form der Beschwerde _____	65
§ 5	Verfahrensvorschriften _____	65
§ 5a	Erledigung, Verfahren und Feststellungsbegehren _____	67
§ 6	Beweismittel und Beweiswürdigung _____	68
§ 7	Rechtswegerschöpfung _____	68
§ 8	Rückverweisung _____	68
§ 9	Bestandskraft von Entscheidungen _____	68
§ 10	Gebühren und Kosten _____	69
§ 11	Gebühren _____	69
§ 12	Kosten und Auslagen _____	70

§ 1 Grundsatz und Zuständigkeiten

1. Das gem. § 23.2 der Satzung des DTB gewählte DTB-Sportgericht ist Rechtsmittelinstanz für alle Sport- und Disziplinarangelegenheiten im DTB. Es ist unabhängig. Seine Mitglieder sind nur der Satzung und den Ordnungen des DTB unterworfen.
2. Die Zuständigkeiten des DTB-Sportgerichts ergeben sich aus den Vorschriften des DTB und der Landesverbände.
3. Das Präsidium und der Vorstand sind über anhängige Verfahren zu unterrichten.
4. Die DTB-Sportgerichtsverfahrensordnung ist ein Bestandteil der Satzung des DTB. Änderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der Mitgliederversammlung.

§ 2 Zusammensetzung

1. Das DTB-Sportgericht setzt sich zusammen aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Der Vorsitzende sowie ein Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt im Sinne des § 5 DRiG besitzen. Der Vorsitzende soll das Richteramt im Hauptberuf ausüben oder ausgeübt haben.
2. Dem DTB-Sportgericht gehören darüber hinaus zwei stellvertretende Mitglieder (davon einer mit Befähigung zum Richteramt) an.
3. Die Mitglieder des DTB-Sportgerichts dürfen nicht dem Präsidium, dem Vorstand, dem Bundesrat, oder dem Vorstand eines Mitgliedsverbandes angehören. Sie werden auf Vorschlag der Mitgliederversammlung gemäß § 18.1 f) in Verbindung mit § 23.2 Ziffer 3. der Satzung gewählt.

§ 3 Befangenheit von Mitgliedern des DTB-Sportgerichts

1. Ein Mitglied des DTB-Sportgerichts darf in einem Verfahren nicht mitwirken, an dem es selbst oder sein Verein, dem es angehört, beteiligt ist, oder wenn es sich aus anderen Gründen selbst für befangen hält.
2. Wird über die in Ziffer 1 genannten Gründe hinaus ein Mitglied von einem der Verfahrensbeteiligten wegen Befangenheit abgelehnt, so entscheiden die verbleibenden zwei Mitglieder und ein Stellvertreter mit einfacher Mehrheit ohne Mitwirkung des betroffenen Mitglieds über diesen Antrag.

§ 4 Rechtliches Gehör

1. Jedem der Verfahrensbeteiligten ist vor Erlass einer Entscheidung ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Frist zur Stellungnahme soll zwei Wochen in der Regel nicht unterschreiten.
2. Mitteilungen, Ladungen und sonstige Zustellungen haben an die dem DTB bekannt gegebene Heimatanschrift oder – hilfsweise – an die auf der Erklärung gemäß § 28 Ziffer 1 der Wettspielordnung genannte Vereinsanschrift zu erfolgen und gelten damit als dem Betroffenen zugestellt.

§ 4a Verfahrensbeteiligte

Verfahrensbeteiligte sind

1. der Beschwerdeführer,
2. der Beschwerdegegner,
3. der Beigeladene.

§ 4b Beiladung

1. Das Gericht kann, solange das Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist, von Amts wegen oder auf Antrag, andere, deren rechtliche Interessen durch die Entscheidung berührt werden, beiladen.
2. Sind an dem streitigen Rechtsverhältnis Dritte derart beteiligt, dass die Entscheidung auch ihnen gegenüber nur einheitlich ergehen kann, so sind sie beizuladen (notwendige Beiladung).
3. Der Beiladungsbeschluss ist allen Verfahrensbeteiligten zuzustellen. Dabei sollen der Stand der Sache und der Grund der Beiladung angegeben werden. Die Beiladung ist unanfechtbar.
4. Der Beigeladene kann selbstständig Angriffs- und Verteidigungsmittel geltend machen und Anträge stellen.

§ 4c Form der Beschwerde

Die Beschwerde ist in Textform bei der DTB-Geschäftsstelle einzulegen.

§ 5 Verfahrensvorschriften

Für die Verhandlungen und Entscheidungen des DTB-Sportgerichts gelten folgende Bestimmungen:

1. Entscheidungen können im schriftlichen Verfahren oder aufgrund mündlicher Verhandlung ergehen. Die Entscheidung im schriftlichen Verfahren erfolgt durch Beschluss des DTB-Sportgerichts.

2. Wird mündlich verhandelt, so bestimmt der Vorsitzende den Termin zur mündlichen Verhandlung und verfügt die Ladungen. Zu laden sind die Verfahrensbeteiligten sowie gegebenenfalls Zeugen und Sachverständige. Ladungen erfolgen schriftlich mit Einschreiben und sollen den Verfahrensbeteiligten mindestens eine Woche vor der Verhandlung zugehen.
3. Bleibt ein Verfahrensbeteiligter der mündlichen Verhandlung trotz ordnungsgemäßer Ladung unentschuldigt fern, so kann auf Beschluss des Gerichts ohne ihn verhandelt und – gegebenenfalls nach Aktenlage – entschieden werden. Die Entscheidung ist schriftlich mitzuteilen.
4. Erbringt der unentschuldigt ferngebliebene Verfahrensbeteiligte binnen einer Woche nach Zustellung der Entscheidung den Nachweis, dass sein Ausbleiben unverschuldet war, so kann der Vorsitzende auf Antrag einen neuen Termin zur mündlichen Verhandlung bestimmen. Über die Anerkennung des Nachweises des unverschuldeten Ausbleibens entscheidet der Vorsitzende.
5. Die Verhandlungen des DTB-Sportgerichts sind öffentlich. Rundfunk und Fernsehen können zugelassen werden, sofern keiner der Verfahrensbeteiligten sich hiergegen ausspricht. Auf Antrag kann das Gericht in begründeten Ausnahmefällen durch Beschluss die Öffentlichkeit ausschließen.
6. Jeder Verfahrensbeteiligte kann sich – sofern das persönliche Erscheinen vom Gericht nicht angeordnet wurde – durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Für die wirksame Vertretung ist schriftliche Vollmacht erforderlich.
7. Der Vorsitzende leitet die Verhandlung. Ihm obliegt die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung. Über die Verhandlung wird ein Protokoll geführt.
8. Nach Abschluss der mündlichen Verhandlung erfolgt die Urteilsberatung; diese ist geheim und unterliegt der Verschwiegenheitspflicht. An der Beratung dürfen nur die im Einzelfall beschließenden Mitglieder des DTB-Sportgerichts teilnehmen. Stimmenthaltung ist unzulässig. Es entscheidet die Stimmenmehrheit der Mitglieder.
9. Das Urteil ist im Anschluss an die Urteilsberatung vom Vorsitzenden zu verkünden und zu begründen, sofern die Verfahrensbeteiligten hierauf nicht übereinstimmend verzichten. Darüber hinaus ist das Urteil in schriftlicher Form mit

Begründung dem Beschwerdeführer oder dessen Verfahrensbevollmächtigten per Einschreiben sowie den übrigen Verfahrensbeteiligten zuzustellen. Dies gilt auch, wenn die Entscheidung im schriftlichen Verfahren ergeht. Das Urteil ist von den am Verfahren mitwirkenden Mitgliedern des DTB-Sportgerichts zu unterschreiben.

10. Entscheidungen, die dem Urteil vorausgehen, erfolgen durch Beschluss, der nicht angefochten werden kann.
11. Das Gericht kann den Verfahrensbeteiligten angemessene Fristen setzen. Entscheidend für die Einhaltung von Fristen ist der Eingang des jeweiligen Schriftsatzes bei der Geschäftsstelle des DTB. Dies gilt auch für die Einzahlung von Verfahrensgebühren gem. § 11.
12. Bei Fristversäumnis kann einem Betroffenen auf seinen Antrag hin Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden, wenn der Antragsteller glaubhaft macht, dass er ohne sein Verschulden an der Einhaltung der Frist gehindert worden ist. Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist innerhalb von zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses zu stellen. Kosten, die durch einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand entstehen, fallen dem Antragsteller zur Last.
13. Der Vorsitzende entscheidet bei Rücknahme einer Beschwerde über die Einstellung des Verfahrens und trifft eine Kostenentscheidung.
14. Die Geschäftsstelle des DTB ist zugleich Geschäftsstelle des DTB-Sportgerichts.

§ 5a Erledigung, Verfahren und Feststellungsbegehren

Hat sich das in der Vorinstanz verfolgte Anliegen einer Sport- oder Disziplinarangelegenheit im DTB vor der Entscheidung des Sportgerichts über ein Rechtsmittel erledigt, so entscheidet der Vorsitzende des Sportgerichts über die Kosten unter Berücksichtigung des bisherigen Sach- und Streitstandes nach billigem Ermessen durch Beschluss. Eine Beweisaufnahme findet nicht statt.

§ 6 Beweismittel und Beweiswürdigung

Soweit es das Gericht für erforderlich hält, findet eine Beweisaufnahme statt. Beweis kann durch Augenschein, Zeugen, Urkunden und Sachverständige angetreten werden. Das Gericht ist in der Würdigung der Beweise frei.

§ 7 Rechtswegerschöpfung

Vor Anrufung des DTB-Sportgerichts muss der in den Ordnungen des DTB vorgesehene Rechtsweg erschöpft sein.

§ 8 Rückverweisung

Das DTB-Sportgericht kann bei offensichtlichen oder schwerwiegenden Verfahrensmängeln die Sache an die Vorinstanz zurückverweisen.

§ 9 Bestandskraft von Entscheidungen

1. Entscheidungen der in den Ordnungen des DTB vorgesehenen unteren Instanzen werden bestandskräftig, wenn der oder die Betroffene oder der DTB gegen die jeweilige Entscheidung nicht innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung schriftlich Rechtsmittel beim DTB-Sportgericht eingelegt hat. Für die Einhaltung der Frist ist der Eingang des Rechtsmittels bei der DTB-Geschäftsstelle entscheidend.
2. Der Rechtsmittelführer hat seinen Antrag innerhalb weiterer zwei Wochen nach Einlegung der in der Ziffer 1 genannten Frist schriftlich zu begründen. Gleichzeitig ist innerhalb der Rechtsmittelfrist die Rechtsmittelgebühr gemäß § 11 Ziffer 2 zu entrichten.
3. Die form- und fristgerechte Einlegung eines in den Ordnungen des DTB vorgesehenen Rechtsmittels zum DTB-Sportgericht hat aufschiebende Wirkung, es sei denn, die Vorinstanz hat die sofortige Vollziehbarkeit ihrer Entscheidung aus wichtigen Gründen angeordnet.

4. Das DTB-Sportgericht kann die sofortige Vollziehbarkeit bis zur endgültigen Entscheidung aussetzen, sofern durch diese dem Beschwerdeführer ein nicht zu ersetzender Nachteil entstehen würde und nicht ein überwiegendes Interesse an der sofortigen Vollziehbarkeit besteht.
5. Ist das Rechtsmittel nicht form- und fristgerecht eingelegt oder ist die Gebühr gemäß § 11 Ziffer 2 nicht fristgerecht entrichtet, ist das Rechtsmittel als unzulässig zu verwerfen.
6. Entscheidungen des DTB-Sportgerichts werden mit dem Zugang bei den Verfahrensbeteiligten bestandskräftig.

§ 10 Gebühren und Kosten

Jede Endentscheidung des Sportgerichts muss eine Entscheidung über Gebühren und Kosten enthalten.

§ 11 Gebühren

1. Wird ein Verfahren vor dem DTB-Sportgericht anhängig gemacht, so ist an den DTB eine Rechtsmittelgebühr zu zahlen. Die Zahlung hat innerhalb der Rechtsmittelfrist des § 9 Ziffer 1 zu erfolgen. Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb dieser Frist und wird auch keine Wiedereinsetzung wegen der Fristversäumnis gewährt, ist das Rechtsmittel im schriftlichen Verfahren als unzulässig zu verwerfen. Der DTB oder von ihm Beauftragte sind von der Gebührenpflicht befreit.
2. Die Rechtsmittel-Gebühr im Sinne der Ziffer 1 beträgt EUR 500. Sind an einem Verfahren mehrere Beschwerdeführer beteiligt, so hat jeder die Gebühr von EUR 500 zu zahlen.
3. Unterliegt der gebührenpflichtige Verfahrensbeteiligte, so verfällt die Rechtsmittelgebühr zu Gunsten des DTB. Soweit die tatsächlichen Kosten des Verfahrens die Rechtsmittelgebühren übersteigen, hat der unterlegene Verfahrensbeteiligte auch die weiteren Kosten des Verfahrens zu tragen. Obsiegt der Verfahrensbeteiligte ganz oder teilweise, so ist ihm die Rechtsmittelgebühr gem. der Entscheidung des DTB-Sportgerichts ganz oder teilweise zu erstatten.

4. Im Falle des teilweisen Obsiegens sind die Verfahrenskosten auf die Verfahrensbeteiligten entsprechend dem Verhältnis des Obsiegens und des Unterliegens aufzuteilen. Dem Beigeladenen können Kosten nur auferlegt werden, wenn er Anträge gestellt oder Rechtsmittel eingelegt hat. Nimmt der gebührenpflichtige Verfahrensbeteiligte seinen Antrag vor Ergehen einer End-Entscheidung zurück, so erhält er zwei Drittel der eingezahlten Rechtsmittelgebühr erstattet.

§ 12 Kosten und Auslagen

1. Soweit den Verfahrensbeteiligten für die Teilnahme am Verfahren oder für ihre Vertretung Kosten und Auslagen entstanden sind, sind diese von den jeweiligen Verfahrensbeteiligten unabhängig vom Ausgang des Verfahrens selbst zu tragen.
2. Geladene Zeugen sowie Sachverständige haben Anspruch auf Kostenerstattung für Fahrtkosten und andere nachgewiesene Auslagen. Diese Auslagen sind grundsätzlich von dem im Verfahren unterliegenden Verfahrensbeteiligten zu tragen. In Ausnahmefällen kann das Gericht eine andere Entscheidung fällen.
3. Die außergerichtlichen Kosten des Beigeladenen sind nur erstattungsfähig, wenn sie das Gericht aus Billigkeit der unterliegenden Partei auferlegt.